

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuß)

zu den Entschließungsanträgen

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 10/3007 —

und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/3008 —

zur Beratung des Agrarberichts 1985 der Bundesregierung
— Drucksachen 10/2850, 10/2851 —

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 10/3007 — mit der Maßgabe, daß in Nummer 4
 - a) im ersten Spiegelstrich das Wort „diesjährigen“ und
 - b) der zehnte Spiegelstrich, betr. die Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte, gestrichen wird,
 - d) als letzter Spiegelstrich die Nummer 6 des Entschließungsantrags der Fraktion der SPD — Drucksache 10/3008 — angefügt wird,im übrigen unverändert anzunehmen;
2. den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 10/3008 — im übrigen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 2. Oktober 1985

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)
Vorsitzender

Pfuhl Hornung
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Pfuhl und Hornung

Bei der Beratung des Agrarberichts 1985 der Bundesregierung in der 126. Sitzung am 14. März 1985 haben die Fraktionen der CDU/CSU und FDP einerseits sowie die Fraktion der SPD andererseits die beiden Entschließungsanträge eingebracht, die in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden sind.

Der Haushaltsausschuß hat beide Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 14. Mai 1985 beraten. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen ist dort mit Mehrheit angenommen, der der Fraktion der SPD mit Mehrheit abgelehnt worden.

Der federführende Ausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 2. Oktober 1985 beraten. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde auch hier von der Mehrheit angenommen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen. Nummer 6 des Entschließungsantrags der Fraktion der SPD wurde dabei als letzter Spiegelstrich der Nummer 4 des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen angefügt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD im übrigen wurde mehrheitlich für erledigt erklärt.

Im einzelnen geht es bei den Entschließungsanträgen um folgendes: sie sind eingebracht worden in der Debatte über die alljährliche Bestandsaufnahme der Agrar- und Ernährungspolitik der Bundesregierung durch den Agrarbericht.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen soll zunächst die ungünstige Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft betont werden. Zugleich sollte aber anerkannt werden, daß die Bundesregierung in den beiden letzten Jahren wichtige Maßnahmen zur Stabilisierung der Agrarmärkte und zu einer Stärkung der landwirtschaftlichen Einkommen eingeleitet hat.

Die Bundesregierung soll ersucht werden, Maßnahmen zur Verringerung der Überschüsse einzuleiten, in Brüssel für ein EG-weites Verbot von künstlichen und natürlichen Hormonen in der tierischen Erzeu-

gung einzutreten, die Forschungsaktivitäten im Bereich nachwachsender Rohstoffe auszuweiten, den landwirtschaftlichen Betrieben für umweltschutzbedingte Bewirtschaftungsbeschränkungen einen angemessenen Ausgleich zu gewähren, im Bereich der Agrarsozialpolitik Verbesserungen einzuführen und die kleinen und mittleren Betriebe steuerlich im Zusammenhang mit Grundstücksveräußerungen zu entlasten. Nach Auffassung der Antragsteller hat sich in Nummer 4 der zehnte Spiegelstrich durch den Haushaltsentwurf für 1986 erledigt, so daß er in der Entschließung gestrichen werden kann.

Durch den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Kurskorrektur in der Agrarpolitik vorzunehmen durch stärkere Marktorientierung, mehr produktionsunabhängige Einkommensübertragungen und durch die Vorlage eines Programms für eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Es sollen Maßnahmen zur Verringerung der Überschüsse eingeleitet und ein Gesetzentwurf über eine sozialgerechte Staffelung der Bundeszuschüsse in der Altershilfe für Landwirte vorgelegt werden. Nach Auffassung der Mehrheit ist dies durch den Entwurf eines Dritten Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes (3. ASEG) — Drucksache 10/3483 — geschehen. Schließlich fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung auf, in der Fischereipolitik eine dauerhafte und tragfähige Konzeption für die deutsche Hochseefischerei zu erarbeiten. Einvernehmlich ist diese Aufforderung nach Nummer 6 des Entschließungsantrags in die Nummer 4 des Antrags der Koalitionsfraktionen übernommen worden.

Trotz weitgehender Einmütigkeit in der Zielsetzung beider Anträge konnte bei den Beratungen im federführenden Ausschuß keiner von ihnen die Billigung des gesamten Ausschusses finden. Der Koalitionsantrag wurde mit Mehrheit angenommen, der Antrag der Fraktion der SPD mehrheitlich für erledigt erklärt. Der Ausschuß bittet den Deutschen Bundestag daher, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nach Maßgabe der Beschlußempfehlung anzunehmen und den der Fraktion der SPD für erledigt zu erklären.

Bonn, den 4. Oktober 1985

Pfuhl Hornung

Berichterstatter